

# Gewissen

30 Pfennige

Siebenter Jahrgang — Nummer 40

Montag, den 5. Oktober 1925

Für den Ring herausgegeben von Ed. Stadler

## Der innere Widerstand.

Der Widerstand der Deutschnationalen gegen die Stresemannsche Erfüllungspolitik ist ein innerer Widerstand, der sich im Kabinett auswirkt und von der Partei nicht im offenen Kampf durchgehalten werden kann. Wir sind der Meinung, daß dieser innere Widerstand heute gebrochen ist. Alle Erklärungen des Grafen Westarp in der Öffentlichkeit, daß „dieses Mal auf alle Konsequenzen hin und bis zum letzten Ende standgehalten wird“, können uns nicht darüber täuschen, daß die grundsätzliche Basis des Widerstandes preisgegeben wurde, als man unabhängig von einer erneuten Nachprüfung, ob die Westarp'schen Forderungen überhaupt noch erfüllbar seien, überhaupt noch ihre politische Bedeutung beizubehalten, sich auf den Fortgang der Verhandlungen einließ. Dem Grafen Westarp wie dem Minister Schiele gegenüber muß unbedingte Zugeständnisse werden, daß sie ehrliches Wollen vertreten. Andernfalls müßte sogar die Frage aufgeworfen werden, ob es sich nicht nur um einen theatermäßigen Widerstand gehandelt hat, denn man mußte sich über den unentschiedenen Charakter der Westarp'schen Forderungen im voraus klar sein, wenn man nicht sofort bei jedem Abweichen von der Linie die Kabinettsfrage stellen wollte.

Nun ist der große Reinfall in der Schuldfrage passiert, ein Reinfall, der nur allzu leicht vorauszusehen war, wenn auch nicht in diesem Grade. Alle Ausrede, daß die Verbalnote als einseitiger Akt keine Rücksicht auf die unverwundete Behandlung von außen her zu nehmen brauche und man mit einer solchen sauren Reaktion der Gegner auf alle Fälle rechne, ist ebenso unpolitisch wie die Taktik der Rechte in dieser Frage überhaupt. Graf Westarp spricht von einem „gleichberechtigten Partner, der erhobenen Hauptes die deutsche Sache vertritt“. Jedermann weiß, daß das erste Auftreten dieses gleichberechtigten Partners gewesen ist, daß er von links und rechts geohrfeigt wurde, ohne irgendwie sich dagegen zur Wehr zu setzen. Wenn man die Ansichten des Auswärtigen Amtes kennt, weiß man, daß das Amt die Schuldfrage überhaupt nicht mehr ernst nahm. Ja, man kann sogar annehmen, daß sehr maßgebende Leute in der Wilhelmstraße mit gewisser zynischer Schadenfreude darauf warteten, daß „der unpolitische Lebenshüter der Rechte“ nun endlich erledigt würde. Die Schuldfrage ist durch jahrelange Propaganda totgeritten worden. Politisch ist mit ihr nie Ernst gemacht worden. Während die Rechte den Mißerfolg zu beschönigen sucht, stellt die Linke mit unverhüllter, sadistischer Genugtuung fest, daß die Rechte mit ihrer Forderung hereingefallen ist. Daß unsere Stellung als Nation dadurch unausprechlichen Schaden erleidet, darüber scheint sich weder die Rechte noch die Linke Gedanken zu machen.

Wie der Schuldfrage erging es auch den andern Westarp'schen Forderungen und Vorbehalten. Die Entente hat ihre Erfüllung und Berücksichtigung vor Eintritt in die Konferenzverhandlungen brüsk abgelehnt. Diese Ablehnung trifft die Partei stärker als die Regierung. Die dürfte sich über das zeitliche Verhältnis der einzelnen Leistungen und Gegenleistungen weniger aufregen. Der Entente kommt es auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund an. Als Gegenleistung dürfte Deutschland die Räumung der Kölner Zone zugestanden werden. Nur wird die Entente aus Prestigegründen darauf achten, daß Deutschland es ist, welches die Vorleistung gibt. Zu diesem Zweck wird man über die Entwaffnungskontrolle verhandeln und wird dann zu einem Kompromiß kommen, wenn der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund feststeht.

Was soll noch das Gerede über den Paragraphen 16 des Völkerbundes. Die Herrschaften in Locarno werden

## Bestellungen

Das „Gewissen“ bitten wir bei der eigenen Postanstalt aufzugeben. Der monatliche Bezugspreis beträgt für diesen Fall eine Mark. Vom Verlage werden nur Bestellungen auf Streifenbandbezug entgegengenommen. Der monatliche Bezugspreis bei Streifenbandverlag beträgt M. 1,25.

Ring-Verlag G. m. b. H.  
Berlin W 30, Mohrstr. 22.

## Aus dem Inhalt:

- Der innere Widerstand
- Betrug mit der Schuldfrage  
Von Dr. Walther Schotte
- Politik und Kriegsführung  
Von Dr. Otto Straffer
- Kunst und Proletariat  
Von Dr. Paul Ernst
- Kritik der Presse

nicht allzuviel Mühe aufzubringen brauchen, um den deutschen Vertretern zu erklären, daß die Behandlung des Paragraphen 16 eine Angelegenheit des Völkerbundes sei und nicht eine Frage des Sicherheitspaktes. Ueber den Sicherheitspakt besteht wahrscheinlich zwischen der Entente auf der einen und unserm Außenminister auf der andern Seite ohnehin Klarheit, jedenfalls sehr viel mehr Klarheit, als zwischen dem Kabinett und der Deutschnationalen Partei und selbst als unter den Mitgliedern des Kabinetts. Um diese Unklarheiten werden sich aber die maßgeblichen Unterhändler in Locarno nicht kümmern. Das Resultat in Locarno, das im Grunde schon heute feststeht, wird darum auch endgültig sein. — Allerdings muß man sich an den Kopf fassen, wenn immer wieder, so auch vom Grafen Westarp, demgegenüber erklärt wird, daß es sich in Locarno doch „noch nicht um zum Abschluß von Verträgen bestimmte Besprechungen handelt“. — Die Geneigtheit der Regierung, auf solche gerabezu naive vorgebrachten Vorbehalte der Deutschnationalen mit einem gewissen Ernst einzugehen, beweist im Grunde nur die Geringschätzung, die man gegenüber den Vertretern der Rechte, ihrem politischen Urteil wie ihrer politischen Bedeutung gegenüber empfindet. Wenn es sich nicht um Männer handeln würde, die unserm Wollen und Denken nahestehen, würden wir dieses sogenannte „taktische Vorgehen“ noch anders charakterisieren. Wir sind ohnehin in der sehr unglücklichen Zwangslage, diese Fragen öffentlich diskutieren zu müssen, da bekanntlich jeder direkte Einfluß einer entschiedenen Opposition bei der D. N. B. P. ausgeschaltet ist.

Die Entwicklung hat ihren, abwegigen Lauf genommen, als man sich auf der Rechte entschloß, „die nationale Opposition ins Kabinett hineinzuwerfen“, wie die bekannte Theorie lautet. Auch hier wollen wir nicht nach den Schuldigen rufen und die ohnehin in ihrem politischen Ruf schwer geschädigten Vertreter dieser Theorie nicht noch öffentlich bloßstellen. Eine Regierung ist eben eine Regierung und keine Opposition. Eine Opposition aber ist Opposition und muß in einem parlamentarisch regierten Staate auch ihrem äußeren Charakter nach Opposition bleiben. Alles Uebrige, alle Kunstleien, wie sie hier versucht worden sind, sind entweder — ihrer Konsequenzen wegen auch schon strafbare — politische Torheit, oder Kapitulation vor demokratischen Zielen und Methoden, oder gar Schwindel, um Absichten zu verdecken, die vielleicht allzu menschlich sein mögen, aber gerade mit den Grundsätzen eines konservativen Staatsgedankens im Widerspruch stehen.

Die Stresemann'sche Erfüllungspolitik, die die Deutschnationalen seit ihrem Eintritt in das Kabinett, seit den Dawes-Abmachungen, mitmachen, führte nach Abreden mit Engländern und Amerikanern zu dem Sicherheitspakt und zu dem Verzichtangebot Stresemanns auf deutsches Land und deutsches Volkstum. Der Weg führt weiter in den Völkerbund hinein. Ein Weg deutscher Schande und des Schones der andern.

## Betrug mit der Schuldfrage.

Von Walther Schotte.

Beinahe hätte die unselige Sicherheitskonferenz an der Politik der deutschen Regierung scheitern können; dann nämlich, wenn die deutsche Regierung nicht von vornherein entschlossen gewesen wäre, den politischen Schritt, den sie mit der Annahme der Einladung begleitenden Verbalnote unternahm, unter allen Umständen zu beschränken und höchstens einen „Zwischenfall“ daraus werden zu lassen. Beinahe hätte die unselige Sicherheitskonferenz durch diesen Schritt der deutschen Regierung von vornherein einen Charakter gewinnen können, durch den sie uns trotz der lächerlichen Materie, der sie gewidmet ist, sympathisch geworden wäre. Beinahe hätte das Zustandekommen dieser Konferenz einen deutschen Erfolg bedeuten können, der in sich die Tragkraft haben würde, unsere Position in der Sicherheitsfrage so zu verstärken, daß die Diskussion hierüber von den schwersten Gefahren für die deutsche Zukunft befreit worden wäre. Beinahe! Dann nämlich, wenn die deutsche Regierung ihren Schritt nicht so kraftlos getan hätte und nicht von vornherein entschlossen gewesen wäre, ja nicht mehr als einen möglichst harmlosen Zwischenfall entstehen zu lassen.

Nun aber ist durch die Art und Weise, wie dieser Schritt als „Zwischenfall“ angelegt und beigelegt wurde, unsere Position auf der Sicherheitskonferenz von vornherein verloren. Die deutsche Regierung hat sich eine der schwersten Schlägen zugezogen, die in der gegenwärtigen diplomatischen Situation überhaupt denkbar sind! Was ist geschehen?

Die Verbalnote geht in einer sehr verlausfertigen Weise auf die Frage der Kriegsschuld ein und zwar in Verbindung mit dem von der Entente geforderten Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Unter Bezugnahme auf ihr Memorandum vom September 1924 wiederholt die deutsche Regierung daraus die Erklärung: „daß der etwaige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nicht so verstanden werden darf, als ob damit die zur Begründung der internationalen Verpflichtungen Deutschlands aufgestellten Behauptungen anerkannt würden, die eine moralische Belastung des deutschen Volkes in sich schließen. Sie glaubt, daß die in diesem Sinne am 29sten August 1924 von der damaligen deutschen Regierung erlassene öffentliche Kundgebung dem Ziele der Verständigung und einer aufrichtigen Verständigung der Völker dient, und macht sich ihrerseits diese Kundgebung ausdrücklich in dem Wunsche zu eigen, dadurch den Zustand gegenseitiger Achtung und innerer Gleichberechtigung herzustellen, der die Voraussetzung für einen Erfolg der jetzt in Aussicht genommenen vertrauensvollen Aussprache bildet“. In dieser Form hat die Regierung Luther sich der von der Regierung Marx übernommenen Verpflichtung entledigt, den durch die öffentliche Kundgebung vom 29sten August festgelegten Protest gegen die uns aufgezwungene Schuldfrage der Entente zu notifizieren. Man hat nicht den Mut aufgebracht, diesen Protest inhaltlich zu wiederholen. Da nicht einmal alle deutschen Zeitungen, geschweige denn die auswärtigen Blätter durch Wiederabdruck der Kundgebung vom 29sten August diesen Protest in die Erinnerung der Welt zurückerufen, bleibt also durch die Art und Weise, wie die Notifikation des Protestes erfolgt ist, diese eine höchst interne Angelegenheit der Kabinette. Dagegen ist die Ablehnung des deutschen Protestes durch die Entente unzweideutig und mit genauer Bezeichnung des Themas erfolgt. Die englische Regierung erklärt in der größten Manier, daß die Verhandlungen über einen Sicherheitspakt weder den Vertrag von Versailles noch das Urteil, welches Sr. Majestät Regierung über die Vergangenheit habe, zu ändern vermögen. Belgien nennt die Frage der Kriegsverantwortlichkeit Deutschlands beim Namen, lehnt die Diskussion hierüber ab, weil sie durch den Plan des Sicherheitspaktes nicht aufgeworfen würde und bemerkt, daß sie im übrigen, was Belgien anbetrifft, nicht nur durch den Vertrag von Versailles, sondern auch durch die Erklärungen des Reichszanlers v. Bethmann Hollweg vom 4ten August und vom ersten September 1914 geregelt sei. Ebenso diktiert die französische Regierung, daß nach ihrer Ansicht die Frage durch den Vertrag von Versailles geregelt worden sei, an dem, wie die französische Regierung in ihren Noten klar zum Ausdruck gebracht habe,